

Rede Bürgermeisterin Karoline Linnert

Es gilt das gesprochene Wort

BR 26. März 2010 – TOP 14 „Maßnahmen gegen Spekulation auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Bonuszahlungen“ sowie „Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen“

Herr Präsident!

Sehr geehrte Damen und Herren!

In den Banken und an den Finanzmärkten tritt allmählich die Normalität ein. Die Banken kehren zu alten überzogenen Renditeerwartungen zurück, Bonuszahlungen erfolgen weiter.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist dagegen noch nicht zur Normalität zurückgekehrt. Das Produktionspotential unserer Volkswirtschaft ist weiter untausgelastet, die Zahl der Menschen ohne Erwerbsarbeit steigt noch immer weiter und der Einbruch der Steuereinnahmen ist noch lange nicht überwunden. Die Kosten der Finanzkrise für den Wohlstand in diesem Land sind immens.

Die Politik darf deshalb nicht im gleichen Maße zur Normalität zurückkehren! Die bisher getroffenen Maßnahmen reichen nicht aus, um das Risiko zukünftiger Finanzmarktkrisen deutlich zu reduzieren und Finanzmärkte dauerhaft zu stabilisieren. Die bisherigen Vorhaben zur Regulierung der Finanzmärkte waren ein Schritt in die richtige Richtung. Es müssen aber noch viele weitere Schritte folgen.

Wir brauchen eine neue Finanzmarktarchitektur, die neue Finanzkrisen schon im Ansatz verhindert. Dafür müssen destabilisierende Spekulationen ihren finanziellen Reiz verlieren. Das gilt besonders für sehr kurzfristige Geschäfte, die auf geringe Kursschwankungen abzielen. Das Kasino muss geschlossen werden und Finanzmärkte wieder zu dem werden, wofür sie eigentlich da sind: Ein Ort, an dem Anleger und Investoren zu einander finden. Ein Ort, an dem Risiken auf Schultern verteilt werden, die sie tragen können. Aber Finanzmärkte sind kein Ort für Zocker und sie sind auch kein Ort, die nur ihrer selbst wegen existieren. Finanzmärkte müssen sich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe beschränken und Investitionen in Anlagen und Gebäude finanzieren. Nur so sorgen sie für eine gute wirtschaftliche Entwicklung und nur so sorgen sie für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Deshalb brauchen wir eine neue, bessere Finanzmarktregulierung.

Die Vergütungsstrukturen der Banken haben unbestritten einen Anteil an der heutigen Finanzkrise. Sie haben falsche Anreize gesetzt und waren in ihrer Höhe unangemessen. Das Argument, dass die Koppelung der Boni an kurzfristige Ziele und das Fehlen von Sanktionen bei Misserfolg zu einer falschen Geschäftspolitik anleitet, ist schon häufig angeführt worden. Richtig ist dieses Argument immer noch. Ich will heute aber auf einen weiteren Punkt eingehen. Bei den Bonuszahlungen drängt sich die Vermutung auf, dass die großen Finanzinstitute vergessen haben, dass auch sie Teil der Gesellschaft sind. Das auch für sie die gleichen Normen und Werte gelten. Die Erwartung, mit Milliarden der Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern vor

dem Zusammenbruch gerettet zu werden und gleichzeitig weiter exorbitant hohe Gehälter zu beanspruchen, passt einfach nicht zusammen.

Trotz alledem ist in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen zu lesen, dass auch für das gerade abgelaufene Jahr wieder hohe Bonuszahlungen geleistet wurden.

Meine Sehr geehrten Damen und Herren, die Banken haben aus dieser Finanzkrise nicht genug gelernt. Ich begrüße deshalb den Ansatz der Bundesregierung eine gesetzliche Regelung für die Vergütung im Finanzsektor zu schaffen. Dabei ist besonders das Eingriffsrecht der BAFIN hervorzuheben. Zukünftig darf es Bonuszahlungen deckeln oder gar untersagen, wenn aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen unterschritten sind. Allerdings geht der Gesetzesentwurf der Bundesregierung nicht weit genug. Auch für diejenigen Institute, die die aufsichtsrechtlichen Mindestfordernisse erfüllen, ist eine stärkere Begrenzung der Vergütungen geboten. Wir haben deshalb mit den Ländern Berlin, Brandenburg, Rheinland-Pfalz zusammen einen Entschließungsantrag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, die Höhe der Abzugsfähigkeit von Vergütungen zu begrenzen. Ich werbe um Zustimmung zu dieser Entschließung.

Die Finanzmarktregulierung ist nicht nur auf die Frage der Vergütungsstrukturen beschränkt. Die künftigen Anforderungen an das Eigenkapital, die Ausgestaltung der Aufsichtsstrukturen und die Regulierung der zulässigen Finanzprodukte werden einen wichtigen Beitrag leisten müssen, um zukünftig keine Anreize mehr für destabilisierende Spekulationen zu geben. Dabei darf die Politik nicht vor dem Verbot von Leerverkäufen oder einer strengen Regulierung des Handels mit den Kreditausfallversicherungen, den sogenannten Credit Default Swaps, zurück schrecken.

Ein weiterer wichtiger Baustein einer künftigen Finanzmarktarchitektur ist die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer. Diese beteiligt nicht nur den Finanzsektor an der Finanzierung der aktuellen Krisenkosten, sondern wirkt erheblich stabilisierend für die Finanzmärkte. Schon durch sehr geringe Steuersätze von beispielsweise 0,1% machen kurzfristige Spekulationen auf geringe Kurs- oder Preisschwankungen unattraktiv. Die Gefahr einer Blasenbildung wird dadurch deutlich reduziert. Für normale Finanztransaktionen – insbesondere wenn sie einen längerfristigen Anlagehorizont haben – spielt eine so geringe einmalige Belastung dagegen kaum eine Rolle.

Als Hauptargument gegen eine Finanzmarkttransaktionssteuer wird immer wieder vorgebracht, dass es zwar eine gute Idee sei, diese aber nur funktionieren würde, wenn alle Länder mitmachen würde. Doch dieses Gegenargument lässt sich entkräften. Das Handelsvolumen ist auf einige, wenige Finanzplätze begrenzt. So entfallen in der EU ca. 99% der Börsentransaktionen auf Großbritannien und Deutschland. Es ist also davon auszugehen, dass hohe Vorteile für die Finanzmarktakteure durch die Konzentration an einem Finanzplatz gibt und deshalb eine Abwanderung wegen einer marginalen Steuer unwahrscheinlich ist. Um diese Vermutung zu bestätigen lohnt sich beispielsweise ein Blick nach Großbritannien. Hier gibt es eine Aktientransaktionssteuer, die „stamp duty“. Bei jedem Kauf einer Aktie wird eine Steuer in Höhe von 0,5% fällig. Trotzdem ist London einer der führenden Finanzplätze der Welt. Eine Besteuerung von Finanztransaktionen haben wir zur Zeit auch in der Schweiz, Griechenland, Südafrika, Indien, Hong Kong, Australien, Taiwan und Korea. Ein koordiniertes weltweites Vorgehen wäre sicher noch effektiver und am wünschenswertesten. Eine europäische oder notfalls sogar eine nationale Lösung ist aber möglich!

Eine Finanzmarktransaktionssteuer würde ein erhebliches zusätzliches Steueraufkommen erbringen. Hiermit würde der Finanzsektor einen substanziellen Beitrag zur Finanzierung der Krisenkosten leisten. Das wäre ein wichtiger fiskalischer Beitrag und er wäre gerecht! Von einer so starken Branche, wie der Finanzbranche, erwarte ich, dass sie für die verursachten Krisenschäden auch selber aufkommt. Dagegen die Kosten der Bankenstützung und -rettung auf die Allgemeinheit abzuwälzen, wäre eine nicht zu rechtfertigende Umverteilung zu Gunsten der Banken. Nach dem Prinzip, dass starke Schultern auch schwere Lasten tragen können, erwarte ich auch von Finanzinstituten einen dauerhaft höheren Beitrag zu Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Dieses würde eine Finanzmarktransaktionssteuer sicherstellen.

Die Bankenabgabe „light“, wie sie derzeit von der Bundesregierung diskutiert wird, leistet weder einen Beitrag zu Finanzierung der Krisenkosten, noch trägt sie zu Stabilisierung der Finanzmärkte bei. Doch statt wenigstens dem Vorbild der USA zu folgen, ist lediglich die Umsetzung eines Vorschlag des Bundesverbandes deutscher Banken geplant. Während eine Bankenabgabe nach dem Vorbild der USA in Deutschland immerhin zu einen jährlichen Steueraufkommen von 9 Mrd. EUR führen würde, strebt die Bundesregierung lediglich ein Aufkommen von 1 Mrd. EUR an. Die Kosten der aktuellen Krise sollen durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden – auf diesen Kosten bleiben die Steuerzahler sitzen. Stattdessen soll das Geld für kommende Krisen in einem Versicherungsfond angespart werden. Allerdings verkennt dieser Ansatz Welch große Geldmengen in der jetzigen Krise notwendig waren, um die angeschlagenen Banken zu retten und welche Beträge bei einer erneuten Krise notwendig würden.

Der Vorschlag der Bundesregierung zu einer Bankenabgabe ersetzt in keiner Weise die Notwendigkeit einer Finanzmarktransaktionssteuer. Wir dürfen auf dem Weg zu einer neuen verantwortungsvollen Finanzmarktarchitektur nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Ich bitte deshalb unserem Antrag „Maßnahmen gegen Spekulationen auf Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Bonuszahlungen“ zuzustimmen.